

# Höchstädts Pläne für den neuen Recyclinghof

**Stadtrat** Durch den Neubau sollen einige Probleme beseitigt werden. Außerdem sind längere Öffnungszeiten geplant

VON DOMINIK BUNK

**Höchstädt** Der Neubau des Höchstädter Recyclinghofs wurde genehmigt. Das erläuterte Bürgermeister Gerrit Maneth in der Stadtratssitzung am Montag als Reaktion auf Anträge der CSU- und FW-Fraktionen. „Ich bin überzeugt, dass wir eine Lösung finden werden, mit der alle zufrieden sind“, sagte der Rathauschef. Der Grünsammelplatz soll erweitert werden, um die beiden Einrichtungen am selben Ort unterzubringen. Der AWW will außerdem die trennende Straße kaufen, die Mitarbeiter oft überqueren müssen. Die Fläche des alten Recyclinghofs soll dann wieder an die Stadt gehen.

Voraussetzung für den neuen Hof sei eine konfliktfreie Zu- und Abfahrt, so Maneth. Außerdem sollen absenkbare Container wie im Recyclinghof in Rain am Lech eingesetzt werden, damit nicht wie bisher immer eine Leiter erklimmen werden muss. Die aufgezählten Punkte wurden so im Antrag der CSU-Fraktion gefordert. Zusätzlich sollen die Öffnungszeiten verdoppelt werden, von zehn Stunden pro Woche auf 20. Eine weitere Veränderung: Im Winter sollen künftig dieselben Öffnungszeiten wie im Sommer gelten. Bisher waren diese verkürzt, doch aufgrund der hohen Nachfrage soll das angepasst werden. Auf Nachfrage von Günter Ballis (FDP) erklärte der Rathauschef, dass die Kosten Anfang kommenden Jahres vorgestellt werden sollen. Diese trage der AWW, die Stadt habe lediglich das Grundstück zu stellen.

● **Fotovoltaikanlage** Nahe der Kläranlage möchte ein Höchstädter Beton- und Kiesunternehmen auf rund 4,6 Hektar Fläche eine Fotovoltaikanlage errichten. Die 15.000 Module sollen zusammen rund ein Zehntel der Energie des Wasserkraftwerks produzieren können, so der Bürgermeister. Für die Errichtung sei allerdings eine Änderung sowohl des Flächennutzungs- als auch des Bebauungsplans nötig. „Das wäre für uns als Stadt ein tolles Projekt“, war sich Maneth sicher. Jan Waschke (SPD) fragte, ob das mit der HQ-100-Regelung vor Ort möglich wäre. Der Bürgermeister antwortete darauf, dass das mit der Bauleitplanung abgesprochen werden muss. Hans Mesch (FW) schlug vor, im Falle eines Scheiterns Panels auf



Der Recyclinghof von Höchstädt wird neu gebaut.

Foto: Büro Winter (Symbolbild)

dem Kläranlagegebäude zu platzieren. „Wir haben als Kommune eine Vorbildfunktion“, so Mesch. Alle Ratsmitglieder stimmen dem Antrag zu.

● **Christkindmarkt** Diese Woche noch soll die Entscheidung getroffen werden, was veranstaltet wird. „Ich stehe in ständigem Kontakt zur Wirtschaftsvereinigung“, sagte Maneth. Alternativen würden bereits geprüft, sie seien auf einem sehr guten Weg. Es sei geplant, den Markt oder eine Alternativveranstaltung mit der Beleuchtung von Gebäuden zu begleiten.

● **Stadtmarketing** Die Stadt hat eine Förderung des Projekts „Innenstadt beleben“ in Höhe von bis zu 80.000

Euro in Aussicht. Zusammen mit der zuständigen Planungsfirma seien die Verantwortlichen auf eine Beleuchtungsfirma aus Österreich aufmerksam geworden. Diese könnte beispielsweise Giebel in der Herzogin-Anna-Straße erleuchten, aber auch ein Netz über den Marktplatz spannen, an dem beleuchtete Gegenstände angebracht werden können. Der Anschein, dass diese frei schweben, soll damit erzeugt werden. „Das wäre ziemlich spacig“, findet Maneth. Dazu könne mittig ein mehrere Meter hoher (bei Bedarf abnehmbarer) Stahlposten aufgestellt werden, von dem aus Stahlseile an den umliegenden Gebäuden befestigt werden. An diesen

könnten beispielsweise leuchtende Kugeln, Sterne oder andere an die Festivität angepasste Formen hängen. Es gehe darum, einen „Knaller“ als Alleinstellungsmerkmal der Stadt zu schaffen. „Etwas haben, das andere nicht haben“, erklärte Maneth. Von den geschätzten Kosten in Höhe von rund 120.000 Euro würde die Förderung voraussichtlich 80.000 Euro betragen. Es müsse allerdings mit Vorsicht geplant werden, falls das Projekt in der Form nicht förderfähig wäre. Jan Waschke (SPD) hielt den Vorschlag für eine gute Idee, auch wenn sie vermutlich nicht jedem gefalle. „Wir wollen schließlich attraktiv bleiben.“ Der Meinung war auch sein

Fraktionskollege Wolfgang Konle: „Das würde uns deutlich hervorheben.“ Hans Mesch (FW) äußerte sich ebenfalls positiv. In Donauwörth sei ein ähnliches Projekt umgesetzt worden. „Das war eine tolle Geschichte“, sagte er.

● **Rathaus** Im Höchstädter Rathaus gilt ab sofort 3G, wie Maneth mitteilte. Ungeimpfte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen nun auch dort zweimal wöchentlich einen negativen Test vorlegen. Seit Dienstag ist das Rathaus für Bürgerinnen und Bürger ohne vorherige Absprache geschlossen. Nach Möglichkeit soll das Online-Serviceportal genutzt werden. „Fast alles, was vor Ort geht, geht auch online“, sagt Maneth. Auch eine Bürgersprechstunde mit ihm sei unter Einhaltung von 3G möglich.

● **Spitalforum** Das Spitalforum (IBIZ) könne jetzt nach Abschluss der Arbeiten genutzt werden, so der Bürgermeister. „Wir mussten die Einweihung leider absagen. Das wäre aktuell nicht vertretbar gewesen“, sagte er. Doch soll sie im kommenden Jahr mit der Bevölkerung „im großen Stil“ nachgeholt werden. Wegen der steigenden Nachfrage soll der große Saal im zweiten Obergeschoss, in dem auch der Stadtrat tagte, als Impfzentrum genutzt werden. Das solle im Abstand von zwei bis drei Wochen jeweils von Dienstag bis Samstag geschehen. Interessentinnen und Interessenten müssen sich zuvor online anmelden.

● **Geschäftsordnung** Die CSU-Fraktion stellte den Antrag für die Änderung der Geschäftsordnung des Rats: Normalerweise haben Ausschussmitglieder eine Stellvertretung. Es sei allerdings vorgekommen, dass auch diese verhindert war. Deshalb soll die Geschäftsordnung um einen zweiten Stellvertreterposten pro Ausschussmitglied erweitert werden. Hans Mesch (FW) hielt das für überflüssig, es habe seit Jahrzehnten auch so funktioniert. Laut CSU kämen allerdings viele Überschneidungen mit Kreistagsterminen hinzu. Der Antrag wurde letztendlich einstimmig angenommen.

● **Geflüchtetenhilfe** Die Stadt sucht aktuell nach ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die beispielsweise Botengänge erledigen und Geflüchteten beim Ausfüllen von Formularen helfen.